



Bundestags- brief

Nr.258 • Die Woche im Bundestag • 13.12.2019



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nach den Parteitag nach vorne Blicken

Mit dem Abschluss des SPD-Parteitages in Berlin haben nun alle drei Koalitionsparteien ihre Parteitage hinter sich. In den vergangenen 12 Monaten haben alle drei Parteien neue Vorsitzende gewählt, das sind Vorgänge, die zu einer Demokratie dazugehören. Die Vorsitzendenwahlen bei der SPD sind allerdings kein Grund, die Arbeitsgrundlage der Koalition in Frage zu stellen. Pacta sunt servanda – der Koalitionsvertrag gilt und wird nicht neuverhandelt.

Als Union konzentrieren wir uns weiter darauf, unsere Schwerpunkte in der gemeinsamen Koalitionsarbeit nach vorne zu bringen: Wir wollen unser Land für die Herausforderungen der Zukunft fit machen, unsere Wirtschaft stärken, für nachhaltige Finanzen und einen starken Staat sorgen - hier gibt es genügend zu tun. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zurecht von uns. Dieser Verantwortung stellen wir uns und wollen die gute Arbeit in der Koalition fortsetzen.

Die Koalition wirkt: Betriebsrentner werden entlastet

Die gute Arbeit der Koalition hat sich in dieser Woche erneut in wichtigen Beschlüssen für die Menschen in unserem Land manifestiert:

Schon mit Beginn des kommenden Jahres werden wir die Betriebsrentner finanziell entlasten. Zu diesem Zweck hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, mit dem ein Freibetrag für den Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten eingeführt wird.

So wird zukünftig auf die Kassenbeiträge von Betriebsrenten zum 1. Januar 2020 ein Freibetrag von 159,25 Euro eingeführt. Erst oberhalb dieser Summe werden Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung fällig.

Schätzungsweise 60 Prozent der Betriebsrentner werden dadurch unmittelbar entlastet, die restlichen 40 Prozent werden anteilig von der Neuregelung profitieren. Bislang galt eine sogenannte Freigrenze, die nur Rentnern mit kleinen Betriebsrenten nützte. Der Freibetrag kommt hingegen allen Betriebsrentnern zugute.

Die neue Freibetragsregelung kostet die Krankenkassen rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Die Mindereinnahmen werden durch einen höheren Zuschuss aus dem Gesundheitsfonds sowie aus den finanziellen Reserven der Gesetzlichen Krankenkassen finanziert.

Dieser Beschluss zeigt, dass die Große Koalition sich der Probleme der Menschen in unserem Land nach wie vor engagiert annimmt. Es ist ein Privileg, diese Arbeit leisten zu dürfen, dessen sind wir uns als Union bewusst, und deshalb gehen wir mit dieser Verantwortung nicht leichtfertig um.

Die Koalition wirkt: Klimapaket auf dem Weg

Nach der Einigung auf das Klimapaket am 20. September haben wir sehr zügig eine ganze Reihe von Maßnahmen im Deutschen Bundestag beschlossen. Wir haben so die Voraussetzung dafür geschaffen, dass in Deutschland wesentliche Schritte hin zu mehr Klimaschutz unternommen werden können.

Weite Teile des Klimapakets haben den Bundesrat schon Ende November passiert. Einigen Aspekten müssen die Länder noch im Bundesrat zustimmen. Diese enthalten die steuerrechtlichen Regelungen, zu denen auch die geplanten Vergünstigungen im Bahnverkehr oder die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung gehören. Als Union hoffen wir, dass auch für diese Teile des Klimapakets eine Mehrheit im Bundesrat zustande kommt und die Protagonisten auf parteitaktische Manöver zur öffentlichen Profilierung verzichten

Mahnmal für DDR-Opfer

Beschlossen haben wir im Deutschen Bundestag auch einen Koalitionsantrag mit dem Titel „Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland errichten“.

Dieser Antrag ist eine unmittelbare Folge des „Leipziger Aufrufs“, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 14. Oktober in der Messestadt verabschiedet hatte. Sie erinnerte darin an die Bürgerinnen und Bürger der DDR, die vor 30 Jahren gegen das Unrechtsregime auf die Straße gingen und damit die Mauer zu Fall brachten. „Wir setzen uns dafür ein, dass Erinnerung, Aufarbeitung und Wiedergutmachung auch nach 30 Jahren nicht an Bedeutung für unsere Gesellschaft verlieren“, heißt es in dem Aufruf.

Neben dem Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft fordern wir auch ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig sowie ein Zentrum für Oppositions- und Widerstandsgeschichte am Ort des Archivs der DDR-Opposition in der ehemaligen Stasi-Zentrale.

Berufliche Aufstiegsfortbildungen fördern

Die Union ist überzeugt, dass eine Überwindung des Fachkräftemangels nicht nur durch eine Ausweitung der Hochschulbildung gelingen wird. Im Rahmen der von der CDU initiierten Hochschulpakete wurden viele Milliarden Euro bereitgestellt, und die Studierquote deutscher AbiturientInnen deutlich erhöht.

Nun gilt es in einem zweiten Schritt dafür zu sorgen, dass auch Berufstätigen über berufliche Fortbildungen die Möglichkeit gegeben wird, sich weiter zu qualifizieren. Das Aufstiegs-BAföG des Bundes wird deshalb zukünftig 350 Millionen Euro bereitstellen, um Qualifizierungsmaßnahmen über alle drei beruflichen Fortbildungsstufen bis zum „Master“-Niveau stärker zu fördern.

Damit wollen wir berufliche und akademische Qualifizierungswege gleichstellen, und wir erkennen an, welche weiterhin hohe Bedeutung die betriebliche Ausbildung und Qualifizierung für den Erfolg unserer Wirtschaft haben.

Aus der Geschichte: 40 Jahre NATO-Doppelbeschluss

Am 12. Dezember 1979 verabschiedete die NATO mit dem sogenannten Doppelbeschluss eine der wirkmächtigsten Initiativen ihrer Geschichte. Der Beschluss sah vor, auf die Stationierung der sowjetischen nuklearbestückten SS-20 Mittelstreckenraketen mit dem Aufstellen von ebenfalls nuklearbestückten Pershing II und BGM-100 Tomahawk-Marschflugkörpern in Westeuropa zu reagieren.

Gleichzeitig verlangte die Nato mit dem zweiten Teil des Beschlusses bilaterale Verhandlungen der Supermächte USA und Sowjetunion über die Begrenzung ihre atomaren Mittelstreckenraketen. Beide Teile, Raketenauflistung und Rüstungskontrolle, sollten einander ergänzen und parallel vollzogen werden.

Der Deutsche Bundestag stimmte schließlich mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP am 22. November 1983 der Aufstellung neuer Raketen auf dem Bundesgebiet als Reaktion auf die SS-20 zu. Im Verlauf der 80er Jahre führte die Bereitschaft der Regierung Kohl, den Beschluss mitzutragen, dazu, dass die UdSSR durch das Wettrüsten zunehmend in einer Wirtschaftskrise geriet und die Breschnew-Doktrin aufgeben musste. Dadurch markiert der Doppelbeschluss eine wichtige Wende im Verlauf des Kalten Krieges und stellt einen Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit dar.

(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

Städte wachsen weiter

Von 2012 bis 2018 hat sich der Anteil der Stadtbewohner in Deutschland um 3,1 Prozent erhöht. Dies bedeutet eine Zunahme der Bevölkerung der urbanen Räume um 2,4 Millionen neue Einwohner. Besonders hoch fiel dabei das Wachstum der Bevölkerung der Städte Leipzig (+12,9 Prozent), Frankfurt am Main (+9,5 Prozent) und Berlin (+8 Prozent) aus. Ursachen für diese Entwicklung in Städten ab 100.000 Einwohnern sind neben einem Geburtenüberschuss vor allem ein Zuzug aus dem Ausland.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)